

**Sitzungsniederschrift zur Finanzausschusssitzung der Gemeinde Elsteraue**

**Sitzungsraum: Sitzungsraum Infra-Servicegesellschaft mbH, Hauptstr. 30**

Anwesend sind:	Lfd. Nr.	Tagesordnung
<b><u>Finanzausschussmitglieder</u></b>		<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>
<b>Kabisch, Andrea</b>	1	Eröffnen der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
<b>Bittner, Karla</b>	2	Änderungsanträge zur und Bestätigung der Tagesordnung
<b>Pleß, Hartmut</b>	3	Einwohnerfragestunde
<b>Thiel, Michael</b>	4	Protokollkontrolle und Bestätigung der Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses vom 29. 08. 2018
<b>Heilmann, Thomas</b>	5	Beratung Haushaltsentwurf 2019
<b>Höppner, Eva</b>	6	Vorberatung zur Gründung einer gemeinsamen Vergabestelle
<b>Rübartsch, Karlheinz (i. V. Jahn, M.)</b>	7	Mitteilungen des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde
<b><u>Berufene Bürger</u></b>	8	Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses
<b><u>Entschuldigt:</u></b>		<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>
<b>Bageritz, Renate</b>		TOP 9 - 11
<b>Kröber, Eileen</b>		<b><u>III. Öffentlicher Teil</u></b>
<b>Koppatz, Christine</b>	12	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
<b>Jahn, Martin</b>	13	Schließen der Sitzung
<b><u>Gäste:</u></b>		
<b>Herr Buchheim, BM</b>		
<b>Frau Frommhold, FV</b>		
<b>Frau Berger, OW</b>		
<b>Herr Dauster, IV</b>		
<b><u>Protokollführer</u></b>		
<b>Müller, Corinna</b>		

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind am 30. 10. 2018 für heute zu einer im Sitzungsraum der Infra-Servicegesellschaft mbH stattfindenden Sitzung des **Finanzausschusses** eingeladen worden.

Die Sitzungsniederschrift umfasst die Seiten **-154-** bis **-161-** und **-1-** Anlage.

**Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr**

**Ende der Sitzung: 21.55 Uhr**

**vorgelesen, genehmigt, unterschrieben:**

.....  
**Kabisch**  
 Ausschussvorsitzende

.....  
**Müller**  
 Protokollführerin

Nr. des TOP	Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 155
1	<p><u>Eröffnen der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie der Beschlussfähigkeit</u></p> <p>Frau Kabisch begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste recht herzlich und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.</p>
Nr. des TOP	Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 155
2	<p><u>Änderungsanträge zur und Bestätigung der Tagesordnung</u></p> <p>Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.</p> <p><b><u>Abstimmung:</u> BS FA 114/11/2018</b>  <b>Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.</b>  <b>Der Beschluss wird einstimmig gefasst.</b></p>
Nr. des TOP	Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 155
3	<p><u>Einwohnerfragestunde</u></p> <p>Es gibt keine Anfragen von Einwohnern.</p>
Nr. des TOP	Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 155
4	<p><u>Protokollkontrolle und Bestätigung der Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses vom 29. 08. 2018</u></p> <p>Es gibt keine Anfragen oder Änderungen zur Niederschrift.</p> <p><b><u>Abstimmung:</u> BS FA 115/11/2018</b>  <b>Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Finanzausschusses vom 29. 08. 2018 wird bestätigt.</b>  <b>Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen gefasst.</b></p>

<b>Nr. des TOP</b>	<b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u></b> <b>am: 14.11.2018</b> <b>Seite: 156</b>
<b>5</b>	<p><b><u>Beratung Haushaltsentwurf 2019</u></b></p> <p>Frau Frommhold erklärt einleitend, dass sie den Haushalt vorerst zur besseren Lesbarkeit gestrafft und übersichtlicher gestaltet hat, da es sich ja nur um einen ersten Entwurf zur Diskussion handelt. Wie in der Sachlage erklärt, konnte der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, es besteht ein Fehlbetrag im Ergebnisplan von 2.419.100,00 €. Dieser Fehlbetrag beruht zum einen auf der Einstellung der Gewerbesteuereinnahmen, für die ein Mittelwert aus den vergangenen 2 Jahren genommen und 3 Mio. € eingestellt wurden. Weiterhin erhalten wir auf Grund der hohen Gewerbesteuereinnahmen aus dem Jahr 2017 für das kommende Jahr ca. 1 Mio. € Schlüsselzuweisungen weniger und haben aber gleichzeitig eine hohe Steuerkraftmesszahl, d. h. wir müssen ca. 530.000,00 € Kreisumlage mehr bezahlen als im vergangenen Jahr. Diese Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen durch Einsparungen in unserem Haushalt auszugleichen ist nicht möglich, obwohl die Mittelanmeldungen der Ämter genau geprüft und auch einzeln hinterfragt wurden.</p> <p>Zu den Investitionen sagt Frau Frommhold, dass auch hier über 1 Mio. € nicht finanziert sind, d. h. es muss entschieden werden, welche Investitionen wirklich notwendig sind und durchgeführt werden sollen. Verbindlich zur Umsetzung der Investitionsmaßnahmen stehen der Gemeinde 328.000,00 € aus der Investitionspauschale zur Verfügung. Eine Kreditfinanzierung für Investitionen ist grundsätzlich möglich, dann muss die Notwendigkeit und Unabweisbarkeit der Maßnahme aber nachgewiesen werden.</p> <p>Herr Buchheim ergänzt, dass auf Grund des nicht ausgeglichenen Haushaltes bereits mit der Kommunalaufsicht gesprochen wurde, daraufhin haben wir die in den Unterlagen enthaltene Auflistung der freiwilligen Aufgaben erhalten. Die Erarbeitung eines Konsolidierungskonzeptes ist für eine Genehmigung des Haushaltes auf jeden Fall erforderlich, da ein Haushaltsausgleich nicht möglich sein wird. Deshalb hat die Verwaltung Vorschläge für eine langfristige Haushaltskonsolidierung erarbeitet, die mit den Räten diskutiert werden sollen.</p> <p>In der Diskussion zum vorgelegten Haushaltsentwurf wurden folgende Fragen besprochen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Höhe der Gewerbesteuereinnahmen – wie realistisch ist der Planansatz von 3 Mio. € und wie ist der Stand der Gewerbesteuereinnahmen in 2018? In diesem Jahr sind bis dato 2,7 Mio. € Gewerbesteuern eingegangen, der Ansatz von 3 Mio. € für 2019 ist niedriger als der im Jahr 2018, so Frau Frommhold.</li> <li>➤ Höhe Personalausgaben – diese haben sich erneut um ca. 500.000,00 € erhöht gegenüber dem Ansatz 2018. Eine Beurteilung der Gründe dafür ist sehr schwierig, weil der Stellenplan noch nicht im Entwurf enthalten ist. Dieser soll bis zur nächsten Diskussion des Haushaltes unbedingt mit ausgereicht und es sollen auch die erfolgten Änderungen im Stellenplan so kenntlich gemacht werden, dass diese von den Räten nachvollzogen werden können.</li> <li>➤ Mietkosten für Verwaltung – ist es richtig, dass ein weiterer Raum von der Infra zur Nutzung für Beratungen, Versammlungen und Pausenraum angemietet werden soll? Laut Ansatz steigen die Mietkosten ja auf 70.000,00 €, was wohl der zusätzlichen Anmietung geschuldet ist. Wenn ja, warum werden nicht weiterhin die Sitzungsräume der Infra bzw. im Klubhaus für Versammlungen genutzt? Das ist richtig, so Herr Buchheim, wir wollen einen Raum im Erdgeschoss anmieten und ihn für Versammlungen, Personalschulungen, Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen und als Pausenraum für die Mitarbeiter nutzen. Wie sie in der Auflistung der Kommunalaufsicht sehen können, werden uns die jetzigen Mietkosten für die Räume, die wir von der Infra zu diesen Zwecken anmieten, als freiwillige Aufgaben angerechnet. Dies entfällt dann mit der Nutzung eines eigenen Raumes, für den wir wie auch für unsere Büroräume Miete bezahlen.</li> </ul>

Frau Kabisch ist dennoch der Meinung, dass man mit der Infra noch einmal dahingehend verhandeln sollte, die Räume für Versammlungen etc. zu anderen Konditionen zu mieten und nicht noch für einen Raum extra dauerhaft Miete zu bezahlen. Außerdem haben wir in den Ortschaften ja auch eigene Räume, in denen Ausschusssitzungen u.a. durchgeführt werden können.

- Maßnahmen zum Haushaltsausgleich – Herr Rübartsch spricht die Höhe der Summe an, die als Defizit ausgewiesen ist und fragt nach einer Strategie gegenüber der Kommunalaufsicht, um eine Genehmigung des Haushaltes zu erreichen.

Einsparungen im normalen Ergebnishaushaus zum Ausgleich des Defizits sind nicht möglich, so Herr Buchheim. Auch bei den freiwilligen Leistungen sieht er nicht das Einsparpotential, da ein Großteil der aufgelisteten Mittel für den Erhalt des öffentlichen Lebens in den Ortschaften eingesetzt werden, wie z. B. das Ortschaftsgeld. Wenn wir hier anfangen einzusparen und damit die Vereine und die Aktivitäten in den Ortschaften zerstören, dann kommen auf der anderen Seite Aufgaben auf die Gemeinde zu, die jetzt durch ehrenamtliches Engagement geleistet werden. Das kann nicht das Ansinnen der Gemeinde sein. Deshalb gibt es eigentlich nur die Möglichkeit, Einsparpotential für die Zukunft zu finden, wofür zum Teil natürlich erst investiert werden muss, z. B. Zentralisierung der Kitas und des Bauhofs. Frau Frommhold ergänzt, dass gegenüber dem Haushaltsansatz von 2018 auch noch weitere Korrekturen vorgenommen worden sind. So waren im Ansatz 2018 z. B. noch 200.000,00 € Zinseinnahmen aus Gewerbesteuern enthalten und 200.000,00 € Auflösung Sonderposten zuviel veranschlagt. Auch diese Ansätze dienen dazu, den Haushalt auszugleichen, was aber unrealistisch ist. Die Ansätze für Auflösung Sonderposten und Abschreibungen wurden im Haushalt 2019 möglichst realistisch berechnet, basierend auf dem Jahresabschluss 2012. Auch das sind noch keine exakten Zahlen, deshalb ist die weitere Aufarbeitung der Jahresabschlüsse auch so wichtig, weil erst mit einem Jahresabschluss die Einstellung exakter Zahlen möglich ist.

- Gründe für Haushaltsdefizit – die Hauptgründe für unser Haushaltsdefizit sind ja Mindereinnahmen bei den Zuweisungen und Mehrausgaben für die Kreisumlage, welche aus den guten Gewerbesteuereinnahmen 2017 resultieren. Herr Pleß fragt, wie denn hier die Perspektive aussieht, wenn wir jetzt wieder weniger Gewerbesteuer erhalten. Dann müssten doch im nächsten oder übernächsten Jahr auch die Zuweisungen wieder höher ausfallen?

Mit einer Erhöhung der Zuweisungen ist erst im Jahr 2022 wieder zu rechnen, so Frau Frommhold. Diese Planung beruht auf den Berechnungen zur Steuerkraftmesszahl, kommt aber auch auf die tatsächlichen Steuereinnahmen der Gemeinde an.

Die Ausschusssmitglieder sind dennoch der Meinung, dass die Gründe für unser Haushaltsdefizit nicht in der Gemeinde zu suchen sind, wenn die finanzielle Ausstattung durch das Land immer geringer, die Abgaben an den Kreis und das Land aber immer höher werden. Dies müsste auf jeden Fall bei der Aufsichtsbehörde andiskutiert werden, denn selbst mit einem Konsolidierungskonzept werden wir es nicht schaffen, den Haushalt für das kommende und auch die folgenden Jahre auszugleichen. Wo ist dann noch der Sinn für die Erarbeitung eines solchen Konsolidierungskonzeptes.

Die rechtliche Seite sagt eindeutig, dass wir verpflichtet sind, bei einem unausgeglichenen Haushalt ein Konsolidierungskonzept vorzulegen. Das Ziel soll dabei nicht sein, den Haushalt für das laufende Jahr auszugleichen, sondern für die Zukunft einen Weg für den Haushaltsausgleich aufzuzeigen. Mit dem jetzt zu erstellenden Konzept müsste nachgewiesen werden, dass ein Haushaltsausgleich bis 2027 erreicht werden kann.

- Öffnung Flächennutzungsplan – Frau Kabisch sieht es als dringend an, den Flächennutzungsplan der Gemeinde neu aufzustellen und dafür die erforderlichen Kosten noch in den Haushalt der Gemeinde aufzunehmen. Es gibt immer mehr Bauanfragen in den Ortschaften, für die jedes Mal eine Sonderregelung zum Flächennutzungsplan beantragt werden muss. Ihr ist 2022 dafür zu spät. Sie stellt den Antrag, die Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen.

Es gibt auch die Möglichkeit, eine Teiländerung des Flächennutzungsplanes vorzu-

nehmen, so Herr Rübartsch. Eine komplette Neuaufstellung ist sehr kosten- und zeitintensiv, aber punktuelle Änderungen zur Bereitstellung von Bauland sollten diskutiert werden. Darüber kann aber im Bauausschuss noch ausführlicher diskutiert werden.

- Aufstellung Investitionsmaßnahmen – auch hier sind die eingestellten Maßnahmen finanziell nicht gedeckt, es ist zu entscheiden, welche Maßnahmen tatsächlich in den Haushalt aufgenommen werden. Dabei haben wir z. B. bei den 270.000,00 € für den AZV keine Wahl, weil diese im Wirtschaftsplan des AZV bereits enthalten sind und somit sind wir verpflichtet, diese Summe für Straßentwässerungskanäle einzustellen. Damit ist ein Großteil unserer Investitionspauschale bereits verbraucht. Weiterhin gibt es Maßnahmen, die zum großen Teil durch Fördermittel gedeckt sind, diese sollten auf jeden Fall auch durchgeführt werden. Der Eigenanteil für diese Maßnahmen, z. B. Schule Tröglitz und Standortfeuerwehr, wird kreditfinanziert. Über den Rest muss eine Entscheidung mit dem Gemeinderat fallen.

- Aufstellung Konsolidierungskonzept – Frau Kabisch möchte für eine nochmalige Diskussion der vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen eine Untersetzung mit Zahlen durch die Verwaltung. Die jetzige Beschreibung ist zu allgemein und außerdem würde sie vorschlagen, beim Bauhof auch eine Ausgliederung als Eigenbetrieb in Betracht zu ziehen.

Herr Buchheim bittet darum, dass der Verwaltung konkret gesagt wird, welche Konsolidierungsmaßnahmen aus den Vorschlägen der Verwaltung mit Zahlen unterlegt werden sollen und welche von vornherein abgelehnt werden. Die komplette Berechnung aller Vorschläge ist innerhalb weniger Wochen fast unmöglich und ja auch unnützlich, wenn die Räte dann sagen, dass sie mit bestimmten Maßnahmen aus dem Konzept sowieso nicht mitgehen.

Herr Heilmann sieht das auch so, für ihn wäre es viel wichtiger, dass die Finanzverwaltung zügig an der Erarbeitung der Jahresabschlüsse 2013 – 2017 arbeitet. Damit hätten wir irgendwann endlich ein konkretes Ergebnis, auf dessen Grundlage auch ein ordentlicher Haushaltsansatz erarbeitet werden kann. Dann bekommen wir halt keinen genehmigten Haushalt, wenn wir das Defizit nicht konsolidieren können.

Herr Rübartsch plädiert noch einmal für eine Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde, nur so kann ein gemeinsamer Mittelweg gefunden werden, letztlich einen auch defizitären Haushalt genehmigt zu bekommen. Andere Kommunen haben ähnliche Probleme und bekommen das auch hin.

Herr Thiel kann das Ansinnen der Verwaltung verstehen und er würde aus seiner Sicht sofort sagen können, dass er mit Punkt 2 – Schließung Grundschule Rehmsdorf und Punkt 3 – Zentralisierung der Kinderbetreuung nicht mitgeht, egal welche Zahlen dafür vorgelegt werden. Hierzu müsste aus seiner Sicht keine Berechnung durch die Verwaltung durchgeführt werden.

Herr Heilmann schlägt vor, dass vielleicht ein überarbeiteter Entwurf der Konsolidierungsvorschläge und auch der Haushalt noch einmal in einer außerordentlichen Finanzausschusssitzung beraten werden sollte.

Frau Kabisch sieht das auch so, aber sie will dennoch für diese Beratung die Konsolidierungsmaßnahmen mit Zahlen untersetzt haben. Erst dann können die Gemeinderäte darüber entscheiden, welche Maßnahmen sie wirklich in das Konzept aufnehmen und welche nicht. Diese Beratung kann dann aber auch im ersten Sitzungsturnus des neuen Jahres im Februar erfolgen.

<b>Nr. des TOP</b>	<b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u></b> <b>am: 14.11.2018</b> <b>Seite: 159</b>
<b>6</b>	<p><b><u>Vorberatung zur Gründung einer gemeinsamen Vergabestelle</u></b></p> <p>Frau Kabisch fragt, wie viele Vergaben bei uns in der Gemeinde pro Jahr anfallen. Sie stellt die Frage, weil die Verbandsgemeinde Wethautal bereits in der Zeitung über die Gründung der gemeinsamen Vergabestelle geschrieben hat und für sich von 90 Vergaben pro Jahr gesprochen hat. Das ist sicher reichlich geschätzt.</p> <p>Herr Buchheim erklärt, dass wir in den letzten Jahren zwischen 25 und 30 Vergaben hatten, im nächsten Jahr werden aber allein durch die STARK III – Maßnahme und die Hochwassermaßnahmen deutlich mehr Vergaben anfallen. Außerdem wurden in der Vergangenheit in unserer Gemeinde fast nur Baumaßnahmen über die Vergabestelle bearbeitet. Regulär müssten wir viele andere Leistungen auch über ordentliche Vergaben bearbeiten, z. B. Büromaterial, Reinigungsmaterial, Technik usw. Auf Grund des nicht vorhandenen Personals wurden diese Sachen bisher über die Ämter ausgeschrieben und vergeben, was nicht mehr rechtskonform ist. Es kann also allein für unsere Gemeinde mit mehr als doppelt so vielen Vergaben gerechnet werden wie bisher.</p> <p>Er ergänzt die Vorlage noch dahingehend, dass in der Zwischenzeit auch die Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst Interesse an einer Mitarbeit bekundet hat, so dass es dann 5 Gemeinden wären, die sich an der gemeinsamen Vergabestelle beteiligen.</p> <p>Frau Kabisch kann bei einer Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nicht von den vorgelegten Unterlagen ausgehen, da sie ihrer Meinung nach nicht die Realität widerspiegeln. Bisher wurde bei uns eine halbe Stelle für die Aufgaben der Vergabestelle vorgehalten in der EG 6 sowie eine Teilzeitstelle als Vertretung mit etwa 10 Stunden im Monat. Zukünftig sollen wir als Gemeinde 2 Stellen mit je 30 Wochenstunden vorhalten mit EG 10 und 8. Das erscheint ihr einfach zu hoch berechnet, um den Gemeinderäten zu suggerieren, dass die gemeinsame Vergabestelle wirtschaftlich günstiger ist. Weiterhin sollte bei einem Vertragsabschluss über eine generelle Befristung der Zusammenarbeit nachgedacht werden, um zu sehen, ob die Vergabestelle so läuft oder ob vielleicht nach zwei Jahren das Ganze wieder aufgelöst wird.</p> <p>Der momentane Stand in der Gemeinde ist so, dass es keinen Mitarbeiter gibt, der die Aufgaben der Vergabestelle erledigen kann, so Herr Buchheim. Der angesprochene Teilzeitvertrag endet zum 31.12.2018. Die eine Stelle, die wir jetzt vorhalten für die Vergabe, würde auch bei Bildung einer gemeinsamen Vergabestelle für uns anfallen, d. h. dabei würden die Personalkosten für uns nicht steigen. Auch die anderen Kosten würden zu je 25 % auf die Mitgliedsgemeinden aufgeteilt, wie in der Übersicht dargestellt. Die vorgelegte Kooperationsvereinbarung ist ein Entwurf, hier kann man sicher noch über Änderungen diskutieren. Aber die Klausel mit der Kündigung des Vertrages ist im § 6 enthalten. Der Aufbau der Vergabestelle ist nach dem Vergabeaufkommen aller 4 Gemeinden in den letzten 2 Jahren ermittelt worden. Dies betrifft auch das benötigte Personal, bei den Entgeltgruppen wurde sich an den Eingruppierungen ähnlicher Vergabestellen in Gemeinden oder Städten orientiert. Es ist richtig, dass die Sachbearbeiterin, die z. Z. in der Gemeinde die Vergaben bearbeitet weit niedriger eingestuft ist, das heißt aber nicht, dass diese Einstufung richtig ist. Wenn wir ordentliches Fachpersonal einstellen wollen, dann müssen wir auch realistische Gehälter zahlen.</p> <p>Herr Rübartsch fragt, wie man zu der Zusammensetzung der Vergabestelle gekommen ist, da die Gemeinden ja räumlich sehr weit auseinander liegen. Er kennt solche Zusammenschlüsse von Städten, die Vergaben für umliegende oder anliegende Gemeinden mit übernehmen. Hier gab es aber bereits eine Vergabestelle und damit auch die Erfahrung, wie die Arbeit zu organisieren ist. All das fehlt bei uns völlig und dennoch wollen wir als Gemeinde diese Aufgabe übernehmen und die Vergabestelle bei uns ansiedeln. Wenn die Aufgaben zur Besorgung übertragen werden durch die anderen Mitgliedsgemeinden, dann</p>

<p><b>noch TOP 6 Seite 160</b></p>	<p>hat das auch rechtliche Folgen für uns. Weiterhin ist im Vertrag eine Anwesenheit der Vergabestelle bei den jeweiligen Vergabebeschlüssen festgehalten. Das würde bei der Vielzahl der Gemeinden in den beiden Verbandsgemeinden, die Mitglied werden wollen, bedeuten, dass der Leiter der Vergabestelle zum Reisekader wird.</p> <p>Herr Buchheim betont noch einmal, dass die vorgelegte Vereinbarung nur ein Entwurf ist, in dem auch noch Änderungen vorgenommen werden können. Für ihn ist die Frage, wie wir den Umgang mit der Aufgabe „Vergabe“ ansonsten in Zukunft lösen wollen. Mit dem in der Gemeinde vorhandenen Personal ist es definitiv nicht möglich, also müssten wir Personal zusätzlich einstellen, die Kosten dafür aber alleine tragen, wenn wir die Bearbeitung weiterhin alleine durchführen.</p> <p>Wir können selbst dafür Personal vorhalten, so Herr Rübartsch, für ihn ist aber die vorgelegte Rechnung bei der Beschäftigung von eigenem Personal ebenfalls nicht realistisch. Zumindest sieht er eine große Verantwortung, die wir als Gemeinde auf uns nehmen, um die Probleme anderer Gemeinden mit zu lösen.</p> <p>Herr Pleß sieht die Idee einer gemeinsamen Lösung dieses Problems mit anderen Gemeinden nicht grundsätzlich negativ. Für ihn ist die Bündelung der Aufgabe und damit verbunden die Vorhaltung von Personal nur für diese Aufgabe sinnvoll. Denn bei drei Personen ist die Erledigung der Arbeiten auch bei Krankheit oder Urlaub sicher gestellt, was man bei uns mit einer Person nicht sagen kann. Dazu müsste bei uns Personal aufgestockt werden, mit welcher Bezahlung und Stundenanzahl auch immer.</p>
<p><b>Nr. des TOP</b></p>	<p><b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 160</b></p>
<p><b>7</b></p>	<p><b><u>Mitteilungen des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde</u></b></p> <p>Herr Buchheim informiert zu folgenden Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Jahresabschluss 2012 – der Jahresabschluss wurde eingereicht, es gibt aber noch keine Rückmeldung vom Rechnungsprüfungsamt bezüglich der Prüfung. Herr Pleß fragt ob es richtig ist, dass das Rechnungsprüfungsamt wegen Überlastung angeboten hat, die Prüfungen der Jahresrechnungen von externen Büros vornehmen zu lassen und dies aber zu doppelten Kosten für die Kommunen führt. Wurde uns das auch angeboten und wie können wir dagegen vorgehen? Das ist richtig, so Herr Buchheim, auch wir wurden dahingehend angeschrieben. Es gibt bereits ein Gerichtsurteil, dass das Rechnungsprüfungsamt berechtigt ist, Engpässe so zu lösen. Frau Frommhold ergänzt, dass sie sich in anderen Kommunen umgehört und von dort die Auskunft erhalten hat, dass die externen Prüfer viel effektiver sind. Sie brauchen also die Hälfte der Zeit und damit gleichen sich die Kosten wieder aus. Die Prüfungen waren auch bei weitem genauer und für die Kommunen besser zu händeln. Sie sieht also keinen Nachteil bei der Prüfung durch externe Büros.</li> <li>➤ Auskunftspflicht der Verwaltung – die Verwaltung wird ihrer Auskunftspflicht auch in Zukunft nachkommen, aber es geht nicht, dass Gemeinderäte, jetzt speziell Frau Kabisch, in die Verwaltung kommen und die Mitarbeiter alles stehen und liegen lassen und die Anfragen bearbeiten. Frau Kabisch war diese Woche mehrfach da, es sollte in Zukunft vorher angerufen werden, damit die Anfragen oder Unterlagen von den Mitarbeitern vorbereitet werden können. Auch heute wurden am Nachmittag von Frau Kabisch noch Unterlagen für die Sitzung heute verlangt, das geht so nicht. Er möchte nicht, dass sie in die Büros geht und die Mitarbeiter von der Arbeit abhält.</li> </ul>

<p><b>noch TOP 7 Seite 161</b></p>	<p>Frau Kabisch betont, dass sie heute nur Unterlagen bezüglich des Teilzeitvertrages des Mitarbeiters der Vergabestelle haben wollte und da der Bürgermeister und auch der Stellvertreter nicht anwesend waren, hat sie Frau Müller nach den Unterlagen gefragt. Weiterhin ist sie öfters als Ortsbürgermeisterin im Haus und erledigt dann gleich noch Nachfragen, die sie zu bestimmten Problemen hat. Sie hält keine Mitarbeiter von der Arbeit ab.</p> <p>Das meint Herr Buchheim, Sie können nicht einfach dann, wenn Sie Zeit haben, Auskünfte verlangen, wenn die Mitarbeiter dann vielleicht etwas ganz anderes zu tun haben. Wir sind zu Auskünften bereit, die Art und Weise soll anders werden.</p>
	<p><b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 161</b></p>
<p><b>8</b></p>	<p><b><u>Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses</u></b></p> <p>Es gibt keine Anfragen der Ausschussmitglieder.</p>
<p><b>Nr. des TOP</b></p>	<p><b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 161</b></p>
<p><b>12</b></p>	<p><b><u>Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</u></b></p> <p>Frau Kabisch gibt die im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse Nr.</p> <p><b>BS FA 116/11/2018; BS FA 117/11/2018 und BS FA 118/11/2018</b></p> <p>öffentlich bekannt.</p>
<p><b>Nr. des TOP</b></p>	<p><b>Sitzungsniederschrift zur <u>Finanzausschusssitzung</u> am: 14.11.2018 Seite: 161</b></p>
<p><b>13</b></p>	<p><b><u>Schließen der Sitzung</u></b></p> <p>Frau Kabisch bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit und schließt um 20.55 Uhr die Sitzung.</p>